
Zeittafel des Vereinigungsjahres 1990

zusammengestellt von Melanie Piepenschneider
und Thomas Schrapel

3. Jan.	Der Runde Tisch vereinbart die „Große Koalition der Vernunft“ bis zu den Volkskammerwahlen am 18. März 1990
11. Jan.	Die Volkskammer verabschiedet das neue Reisegesetz, das den DDR-Bürgern Reisefreiheit einräumt und den Erwerb von Devisen regelt.
15. Jan.	Mehr als 2000 Demonstranten stürmen die Zentrale des Staatssicherheitsdienstes in Ost-Berlin. Ministerpräsident Hans Modrow schlägt dem Runde Tisch die Teilnahme an der Regierungsarbeit vor. In Erfurt erscheint die erste unabhängige Tageszeitung der DDR, die <i>Thüringer Allgemeine</i> . Damit endet das SED-Medienmonopol.
20. Jan.	Zwölf christlich-liberal-konservative Gruppen in Leipzig gründen die Deutsche Soziale Union (DSU). Die Partei befürwortet eine schnelle Wiedervereinigung und wird von der CSU unterstützt.
21. Jan.	Die Mehrheit des SED-PDS-Parteivorstandes entscheidet sich gegen eine Auflösung der Partei, aber für die Streichung des Namens SED. Gleichzeitig wird die Mehrheit der früheren SED-Führung aus der Partei ausgeschlossen.
5. Febr.	Die Volkskammer wählt acht Politiker aus oppositionellen Parteien und Gruppierungen als Minister ohne Geschäftsbereich in den Ministerrat. Außerdem wird die uneingeschränkte Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit in der DDR beschlossen. Rundfunk, Fernsehen und die Nachrichtenagentur ADN unterstehen nicht mehr der Regierung.

	In Berlin einigen sich die DDR-CDU, die Deutsche Soziale Union (DSU) und der Demokratische Aufbruch (DA) auf das Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ für die Volkskammerwahlen am 18. März. Bundeskanzler Helmut Kohl kündigt die Unterstützung der CDU Deutschlands für das Wahlbündnis an.
7. Febr.	Die DDR-Oppositionsgruppen „Neues Forum“, „Demokratie Jetzt“ und „Initiative Frieden und Menschenrechte“ schließen sich zum „Bündnis 90“ zusammen. Das Bündnis befürwortet die stufenweise Annäherung der beiden deutschen Staaten. Unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl konstituiert sich ein Kabinettsausschuss „Deutsche Einheit“. Kohl schlägt der DDR sofortige Verhandlungen über eine Währungsunion mit Wirtschaftsreform vor. Anlass ist der nicht abbreißende Übersiedlerstrom aus der DDR.
10. Febr.	Bei einem Treffen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow in Moskau wird die Zusage gegeben, dass die UdSSR einer Wiedervereinigung Deutschlands nicht im Weg stehen werde.
12. Febr.	Die liberalen Parteien LDP, FDP und die Deutsche Forum-Partei (DFP) schließen sich zum Wahlbündnis „Bund freier Demokraten“ zusammen.
9. März	Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion spricht sich für eine Verwirklichung der Wiedervereinigung auf dem Wege des Grundgesetzartikels 23 aus.
14. März	In Bonn treffen zum ersten Mal Vertreter beider deutscher Staaten und der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zu „Zwei-plus-Vier“-Gesprächen über die deutsche Einheit zusammen.
18. März	Bei den ersten freien Volkskammerwahlen erreicht die konservative „Allianz für Deutschland“ aus CDU, DSU und DA mit 48,15 % der Stimmen einen überwältigenden Sieg. Die SPD erhält 21,84 %, die PDS 16,33 % und die Liberalen 5,28 % der Stimmen.

	Das Bündnis 90, in dem sich die Hauptinitiatoren der friedlichen Revolution zusammengeschlossen haben, erreicht nur 2,91 % der Stimmen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 93,38 %.
5. April	Im Ost-Berliner „Palast der Republik“ konstituiert sich die neugewählte Volkskammer und wählt Sabine Bergmann-Pohl zur Parlamentspräsidentin. Der CDU-Vorsitzende Lothar de Maizière wird mit der Regierungsbildung beauftragt. Die neue Volkskammer beschließt eine Verfassungsänderung, nach der der Staatsrat abgeschafft wird, und streicht unter anderem die Präambel und die Klauseln, wonach die DDR ein „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ ist und die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ gestaltet. Außerdem wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der Abgeordnete auf eventuelle Mitarbeit im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit überprüft. Der Volkseigene Betrieb (VEB) Elektromaschinenbau Dresden wird als erstes Kombinat in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt.
12. April	Die DDR-Volkskammer wählt Lothar de Maizière zum Ministerpräsidenten eines Kabinetts der Großen Koalition aus den Allianzparteien CDU, DSU, DA, der SPD und den Liberalen. Die Koalition ist sich über den zügigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes einig.
27. April	In Ost-Berlin beginnt die erste offizielle Verhandlungsrunde zum innerdeutschen Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Bundesverteidigungsminister Stoltenberg und der DDR-Abrüstungs- und Verteidigungsminister Rainer Eppelmann vereinbaren in Bonn eine Zusammenarbeit auf breiter Basis und enge Kontakte zwischen Bundeswehr und Nationaler Volksarmee.
28. April	Die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedsstaaten stimmen auf dem Gipfel in Dublin der Vereinigung Deutschlands vorbehaltlos zu.

2. Mai	Die beiden deutschen Regierungen vereinbaren die Umtauschkurse für die Währungsunion. Danach werden die Löhne, Gehälter, Mieten, Stipendien und Renten im Verhältnis 1:1 umgestellt. Sparguthaben und Bargeld werden gestaffelt umgetauscht. Kinder bis 14 Jahre können 2.000 Mark, 15- bis 59-jährige 4.000 Mark und über 60-jährige 6.000 Mark im Verhältnis 1:1 einwechseln. Darüber hinausgehende Beträge werden im Verhältnis 2:1 eingetauscht.
6. Mai	In der DDR finden die ersten freien Kommunalwahlen statt. Die CDU gewinnt 34,37 %, die SPD 21,27 % und die PDS 14,59 % der Stimmen.
16. Mai	In Bonn einigen sich Bund und Länder auf die Gründung eines Fonds „Deutsche Einheit“ zur finanziellen Unterstützung der DDR. Er soll, mit 115 Milliarden DM ausgestattet, die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion finanzieren.
18. Mai	Bundesfinanzminister Theo Waigel und der DDR-Finanzminister Walter Romberg unterzeichnen den deutsch-deutschen Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.
31. Mai – 3. Juni	Der US-amerikanische Präsident George Bush und der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow erklären bei ihrem Gipfeltreffen, dass die Frage der Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands von den Deutschen selbst entschieden werden muss.
15. Juni	Die beiden deutschen Regierungen veröffentlichen eine gemeinsame Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen. Danach sind Enteignungen auf besatzungsrechtlicher beziehungsweise hoheitlicher Basis zwischen 1945 und 1949 nicht mehr rückgängig zu machen. Ansonsten ist enteignetes Grundvermögen in der DDR grundsätzlich den ehemaligen Eigentümern zurückzugeben.
17. Juni	Die Volkskammer verabschiedet das Treuhandgesetz. Die damit geschaffene Treuhandanstalt soll für die Herausbildung einer effizienten Wirtschaftsstruktur

	in der DDR sorgen und dazu u. a. das „volkseigene Vermögen“ privatisieren.
21. Juni	Der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin verabschieden den Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie eine EntschlieÙung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze.
22. Juni	Der Bundesrat stimmt dem Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie der EntschlieÙung über die Anerkennung der polnischen Westgrenze zu. Die SPD-geführten Länder Niedersachsen und Saarland lehnen den Staatsvertrag ab, da sie ihn für „unzureichend“ halten.
1. Juli	Die deutsch-deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion tritt in Kraft. Damit gibt die DDR die Hoheit über die Finanz- und Geldpolitik an die Bundesrepublik Deutschland ab, und die D-Mark wird zum einzigen Zahlungsmittel in der DDR.
6. Juli	In Ost-Berlin beginnen die Verhandlungen zum Einigungsvertrag, dem zweiten Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.
14.–16. Juli	Bundeskanzler Helmut Kohl trifft in der Sowjetunion mit Präsident Michail Gorbatschow zu Gesprächen zusammen. Gorbatschow billigt einem vereinten Deutschland die volle Souveränität sowie die freie Wahl der Bündniszugehörigkeit zu und verspricht den Abzug der sowjetischen Truppen von deutschem Gebiet.
22. Juli	Die DDR-Volkskammer verabschiedet mit Wirkung zum 14. Okt. 1990 das Ländereinführungsgesetz und das Gesetz zur Wahl der Landtage. Es wandelt die zentralistische DDR in einen föderativen Staat mit fünf neuen Ländern um. Damit werden die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen wieder eingerichtet.

5. Aug.	Grüne Partei und Bündnis 90 in der DDR schließen sich mit den Grünen in der Bundesrepublik zur Listenverbindung Bündnis 90/Grüne zusammen.
11. Aug.	Die drei liberalen Parteien der DDR und die bundesdeutsche FDP schließen sich zur einer Partei mit dem Namen „Freie Demokratische Partei – die Liberalen“ zusammen. Vorsitzender wird Otto Graf Lambsdorff.
21. Aug.	Die Europäische Kommission verabschiedet ein Maßnahmenpaket zur Eingliederung der DDR in die EG.
23. Aug.	Die Volkskammer beschließt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit „den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990“.
24. Aug.	Die Volkskammer verabschiedet ein Gesetz, dass die Vernichtung der etwa sechs Millionen Stasi-Akten verbietet.
31. Aug.	Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günther Krause unterzeichnen in Ost-Berlin den Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands.
12. Sept.	Mit dem Abschluss der „Zwei-plus-Vier-Gespräche“ in Moskau erhält das geeinte Deutschland die volle Souveränität zurück. Die alliierten Hoheitsrechte werden mit Wirkung vom 3. Okt. 1990 ausgesetzt.
20. Sept.	Bundestag und Volkskammer verabschieden den Einigungsvertrag gegen die Stimmen der Grünen und PDS.
21. Sept.	Der Bundesrat stimmt dem Einigungsvertrag zu.
27. Sept.	In Berlin schließen sich die beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands zur gesamtdeutschen SPD zusammen. Vorsitzender wird Hans-Jochen Vogel.

1./2. Okt.	In Hamburg findet der erste gesamtdeutsche Parteitag der CDU statt. Helmut Kohl wird Vorsitzender. Lothar de Maizière sein Stellvertreter.
3. Okt.	Die DDR tritt dem Geltungsbereich des deutschen Grundgesetzes bei. Das Gebiet der fünf neuen Bundesländer gehört ab jetzt zur EG; in das Europäische Parlament werden 18 Beobachter aus der ehemaligen DDR entsandt. Bundespräsident Richard von Weizsäcker ernennt fünf ehemalige DDR-Politiker zu Ministern ohne Geschäftsbereich.
4. Okt.	Der erste gesamtdeutsche Bundestag konstituiert sich im Berliner Reichstagsgebäude.
14. Okt.	Bei den Landtagswahlen in den fünf neuen Ländern erhält die CDU außer in Brandenburg überall die meisten Stimmen, in Sachsen sogar die absolute Mehrheit.
9. Nov.	Der erste gesamtdeutsche Bundesrat konstituiert sich in Berlin. In Bonn unterzeichnen Bundeskanzler Helmut Kohl und der sowjetische Staatspräsident Michail Gorbatschow den „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“.
2. Dez.	Die ersten freien gesamtdeutsche Wahlen seit 1933 finden statt: Die CDU/CSU erreicht 43,8 %, die SPD 33,5 % und die FDP 11 % der Stimmen. Die bundesdeutschen Grünen scheitern mit 4,8 % an der Fünfprozenthürde. Im Wahlgebiet Ost erreichen das Bündnis 90/Grüne 6 % und die PDS 11,1 Prozent. Aufgrund der separaten Fünfprozentklausel im geänderten Bundeswahlgesetz sind sie damit im Bundestag vertreten.
20. Dez.	Das erste frei gewählte gesamtdeutsche Parlament seit 1933 konstituiert sich im Berliner Reichstagsgebäude.